



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Z/VIII/287 - 10.12.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Entscheidungsreiche Zwischenphase	S. 1
Skandinavische Tragödie	S. 3
Zensurpläne des Innenministeriums	S. 5
Pankower Geräuschkulisse zur Vierer-Konferenz	S. 6

## Die Zeit der Vorbereitung

P.R. Der Bundestag hat aus Anlaß der bevorstehenden Vierer-Konferenz in würdiger Form noch einmal seinen festen Willen zur deutschen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit bekundet. An sich, so könnte man sagen, eine Selbstverständlichkeit. Und doch auch eine Notwendigkeit, dies in der voraussichtlich letzten Bundestagssitzung vor dieser Konferenz mit allem Nachdruck auszusprechen, denn das Schicksal Deutschlands soll ihr Hauptthema sein. Neben dieser feierlichen Willensbekundung steht der praktische Auftrag an die Bundesregierung, die zuständigen Ausschüsse, den Auswärtigen und den Gesamtdeutschen, über die mit dem ganzen Komplex zusammenhängenden Fragen laufend zu unterrichten, soweit die Bundesregierung von den Mächten selbst konsultiert werden und soweit sie Hinweise und Anregungen für angebracht halten sollte.

Ob die Konferenz wirklich schon am 4. Januar stattfindet, ist ungewiß, die sowjetische Zustimmung steht noch aus. Man nimmt vielfach an, daß Moskau daran gelegen sein könnte, am Verhandlungstisch die französische Regierung zu haben, die nach der Wahl des neuen Präsidenten zu bilden ist und die eine solidere politische Basis haben würde, als das gegenwärtige Kabinett Lanuel-Bidault, dessen geschäftsführender, provisorischer Charakter schon auf den Bermudas für die französischen Bedürfnisse

selbst so wenig vorteilhaft in Erscheinung trat.

Aber die Frist bis zum Beginn der Konferenz wird, gemessen an der Plötzlichkeit, mit der die neue Situation entstanden ist und an der überragenden Bedeutung dieser Zusammenkunft für das weitere Schicksal Deutschlands und der internationalen Beziehungen überhaupt, sehr kurz sein und es wird für Verlauf und Ergebnis der Beratungen außerordentlich wichtig sein, wie diese Frist genutzt wird. Vielleicht kann man sogar sagen, daß die Art, in der das geschieht, fast so wichtig sein wird, wie die Konferenz selbst. Der Führer der Sozialdemokratischen Opposition hat am Mittwoch vor seiner Fraktion in dieser Beziehung einen wichtigen Hinweis gegeben, der gewiß keine neue Erkenntnis darstellt, aber, in diesem Augenblick ausgesprochen, den Kern dessen, was zu sagen notwendig ist, trifft: Keine Seite dürfe an diese Konferenz mit der Vorstellung herangehen, sie sei nur dazu da, die andere Seite des schlechten Willens zu überführen. Und Ollenhauer fügte hinzu: Der Ausgang des Versuches in Berlin werde im wesentlichen davon abhängen, wie sich alle Beteiligten einschließlich der Bundesrepublik, mit dem vorliegenden Vorschlag auseinandersetzen würden.

So betrachtet ist es nicht gut, daß viele Stimmen, besonders in den USA, aber auch in der Bundesrepublik, den Tenor haben: Natürlich kann man einen Vorschlag, wie die Sowjets ihn gemacht haben, nicht ablehnen, aber es wird sich schnell herausstellen, daß auf der Seite der Sowjets nicht der Wille zur Entspannung und zu einer vernünftigen Lösung der Deutschlandfrage besteht. Oft sind es Stimmen, bei denen man fast den Eindruck haben kann, sie seien mit ihren Gedanken und Wünschen schon mehr und womöglich lieber bei den Folgen eines negativen Ausgangs dieser Konferenz, die ja noch bevorsteht, als bei der Konferenz selbst und ihren positiven Möglichkeiten.

Besonders bedenklich war in diesem Zusammenhang eine Äußerung Dulles', er habe nicht die Absicht, länger als vier Tage in Berlin zu bleiben, eine unverständliche Bemerkung, zumal wenn man bedenkt, daß auch die letzte Viernächte-Konferenz dieser Art in Paris im Frühjahr 1949 über vier Wochen dauerte. Niemand kann natürlich ein Interesse haben, die Sowjets zu einer neuen Probe ihrer berüchtigten Verzögerungstaktik zu ermuntern. Niemand sollte aber auch mit Ungeduld und Nervosität geladen an diese ungeheuer schwierige Aufgabe herangehen.

Eine Politik, die, ob nun ausgesprochen oder nicht, von der Unmöglichkeit einer Verständigung mit den Sowjets ausgeht, oder die sich eine solche Verständigung nur in der uneingeschränkten Durchsetzung der eigenen Vorstellungen von einer Lösung denken kann, bildet von vornherein eine schwere Hypothek für das Gelingen des ganzen Versuches. Deshalb wird man in der relativ kurzen Zeit der politischen Vorbereitung dieses Treffens mit besonderer Aufmerksamkeit auf etwaige Versuche achten müssen - von welcher Seite sie auch kommen mögen - schon die Startbedingungen für das Gespräch zu erschweren, das ohnehin mühsam und langwierig genug sein wird.

+ + +

Anklagen gegen die Sowjetunion

KK - Stockholm

In den nordischen Ländern wird erst jetzt das Sowjetsystem des Menschenraubs und der Sklaverei in seinem ganzen Umfang erkannt. Da ist der Fall des Norwegers Otto Larsen. Larsen, ein Sohn des nördlichsten Norwegen, ging nach der Okkupation seiner Heimat durch die Nazisten nach Murmansk, wo er sich in eine Gruppe norwegischer Partisanen einreichte. Es war ihm nicht möglich, von einem gefährlichen Partisanen-Auftrag nach den russischen Linien zurückzukehren; der Versuch wäre der Weg in den sicheren (und im vorliegenden Falle sinnlosen) Tod gewesen. Larsen schlug sich nach Schweden durch, wo er sich den norwegischen Behörden zur Verfügung stellte.

Nach Kriegsende reiste er guten Gewissens wieder nach Murmansk, um sein Fischerboot abzuholen, mit dem er seinerzeit aus dem okkupierten Norwegen geflohen war. Er wurde von den Sowjetbehörden verhaftet und wegen des "Verrats", den seine Flucht nach Schweden bedeutet habe, acht Jahre in russischer Zwangsarbeit gehalten. Jetzt kam er nach Hause und erzählte sein Schicksal. Die Norweger sind empört; die norwegisch sprechenden Kommunisten sagen, Larsen sei ganz recht geschehen, er habe eben die Sowjetunion und damit seine kommunistische Gesinnung verraten und den der Sowjetunion geleisteten Soldateneid gebrochen.

x

Anfang Dezember beschäftigte sich die Vertretung der Arbeiterpartei in Oslo mit einem anderen Fall, der insofern tragischer liegt, als sich der von ihm betroffene Norweger noch in der Gewalt der Sowjetbehörden befindet. - Ein Kommunist namens Oswald Harjo, ebenfalls aus dem nördlichsten Norwegen stammend, wurde 1942 von der Gestapo wegen illegaler Arbeit festgenommen. Mit Hilfe eines norwegischen Polizisten brach er aus dem Gefängnis aus und flüchtete nach der "schützenden" Sowjetunion. In der Entschließung der Oslo-Gruppe der Norwegischen Arbeiterpartei zum Falle Harjo heißt es u.a.:

"Sowohl der Schwede Ragnar Rudolfsson als auch der Norweger Otto Larsen, die beide in russischer Gefangenschaft waren, haben mitgeteilt, daß sie Oswald Harjo in verschiedenen Gefangenenlagern der Sowjetunion getroffen haben. Beiden

soll er erzählt haben, daß er unschuldig verurteilt worden ist. O.H. war ein aktives Mitglied der Kommunistischen Partei Norwegens, und er leistete kühne Arbeit für die norwegische Heimatfront, wofür er von der Gestapo arrestiert wurde. Es ist nun elf Jahre her, daß er arrestiert und verurteilt worden ist".

Die Arbeiterpartei wendet sich in ihrer Entschloßung sodann an die russischen Behörden mit dem Ersuchen, Frau Harjo und ihre beiden Kinder über das Schicksal Oswald Harjos zu unterrichten und ihn freizugeben, so er noch am Leben ist.

x

Der Finne Haapanen, im damals finnischen Karelien wohnend, ließ sich im Jahre 1932 zusammen mit 21 anderen gutgläubigen Leuten von einem Sowjetagenten zur Flucht nach der Sowjetunion bewegen. Der geschickte Elektriker ließ sich als Facharbeiter anwerben und fuhr mit seinen Schicksalsgenossen bei Nacht und Nebel über den Ladoga-See nach dem russischen Ufer. Im Vaterlande der Arbeiter angekommen, wurde er als Holzfäller in die Wälder des Nordens geschickt. Er wohnte mit seiner Frau und seinen drei kleinen Töchtern (die Ältteste war damals 10 1/2 Jahre alt) in kalten, schmutzigen Baracken und hungerte. Ein Fluchtversuch mißlang. Auf einen Kolchos geschickt, wohnte er mit seiner Familie in drei mal drei Meter großen "Zimmer" einer schmutzigen Baracke und hungerte wieder. Als infolge einer Seuche die Tiere im Kolchos starben, wurden die dort beschäftigten Finnen dafür verantwortlich gemacht. Haapanen wurde verhaftet und in ein sibirisches Arbeitslager geschickt. Nach drei Briefen verstummte er ganz.

Seine Frau und die inzwischen 15 Jahre alt gewordene Tochter Fearma arbeiteten im Steinbruch. Dann wurde auch die Mutter verhaftet und in ein Sklavenlager geschickt, wo sie auch verschollen ist. Die jüngeren Geschwister wurden von Fearma getrennt, die nach einem mißlungenen Fluchtversuch ebenfalls von einem Sklavenlager in das andere geschickt wurde. Schließlich landete sie in einem Lager in Odessa. Dort lernte sie einen holländischen Gefangenen kennen, mit dem sie sich verheiratete. Nach seiner Freigabe begann er vor zwei Jahren mit dem Versuch, auch die Frau freizubekommen. Das gelang nun, Fearma ist auf dem Wege zu ihrem Mann und erzählte in Schweden das erschütternde Schicksal ihrer Familie.

x

Bei den hier geschilderten Fällen handelt es sich um Kommunisten, die sich der bedrohten Sowjetunion freiwillig als Soldaten zur Verfügung gestellt hatten oder, wie Haapanen, dem "Vaterlande der Arbeiter" durch ihre Fachkenntnisse und ihre Gesinnung helfen wollten. Kein Wunder, daß die Völker des Nordens nun zu ahnen beginnen, was Freiheit und Menschlichkeit in der Sowjetunion selbst für deren ergebenste Diener wert sind.

+ + +

Argumente statt Verbote

-us. Wenn auch die Bundesregierung ihre Entscheidung über ein Zensurgesetz zurückgestellt hat, so ist die Möglichkeit eines solchen Gesetzes doch immer noch nicht ausgeschlossen. Im Innen- und im Justizministerium zerbricht man sich über einen neuen Entwurf die Köpfe, nachdem der Bundeskanzler schon im Zusammenhang mit dem Hitler-Film "Bis fünf Minuten nach zwölf" das Verbot für eine geeignete Maßnahme hielt, um Publikationen entgegenzutreten, die im In- oder Ausland als eine positive Wertung des Nationalsozialismus empfunden werden könnten.

Wie Mitarbeiter des Bundeskanzlers und des Bundesinnenministers in diesen Wochen immer wieder versicherten, sollte mit dem Filmverbot und soll mit dem Zensurgesetz vor allem verhindert werden, daß sich im Ausland wieder jemand an die Tatsache erinnert, daß es in Deutschland ein NS-Regime gab. Dazu ist zu sagen: Rechtlich ist ein Zensurgesetz so unhaltbar, wie es das Filmverbot war. Politisch gab es in der Vergangenheit einen Zeitpunkt, an dem man sich darüber hätte unterhalten können, ob und wie der Flut von NS-Publikationen, Geschichtsklitterungen und nationalistischen Kriegsdarstellungen entgegenzutreten war. Aber in der ersten Legislaturperiode war weder bei der Bundesregierung noch bei den damaligen Koalitionsparteien der Wille zu solchen Überlegungen festzustellen. Im Gegenteil. Man bediente sich nicht nur oft genug der mit den genannten Publikationen geweckten Stimmungen, sondern die Regierung übernahm sogar manche Methoden des NS-Regimes. Der Wahlkampf der Koalitionsparteien wurde geradezu zu einer Erneuerung des Kampfstiles der Nazis.

Nun beansprucht die Regierung das Recht, außerhalb der demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten den Standpunkt zu praktizieren: "Was schädliche NS-Publikationen sind, entscheidet der Herr Bundeskanzler". So geht es nicht. Ein Zensurgesetz wäre unerträglich. Die Regierung und die Koalitionsparteien sollen eine klare demokratische Politik treiben und das Bekenntnis zu unserem Staat bis in ihre letzten Ortsverbände hinein lebendig machen. Dann wird das deutsche Volk gegen nationalsozialistische Anfälligkeit und Versuchungen am besten gesichert sein. Das Ausland wird uns achten, wenn wir uns mit den ewigen Unverbesserlichen nicht mit der Waffe des Verbots, sondern mit der des Arguments erfolgreich auseinandersetzen.

+ + +

Großes Theater auf kleiner Bühne

Th. Das Pankower Regime hat eine neue "Verordnung" erlassen, die in einer sogenannten öffentlichen "Kabinetts"sitzung mit Rundfunkübertragung und Pflichtabhörer in den Betrieben von Ulbricht verkündet wurde. Diese originelle Kabinettsitzung fand am Donnerstag vor einem ausgesuchten Publikum von 350 höchsten FDGB-Funktionären, zuverlässigen Aktivisten und SED-Apparatschiks statt, vor welchen von einer kleinen Bühne herab Ulbricht die besondere Bedeutung dieser "Verordnung" begründete. Man könnte diese neueste Pankower Inszenierung als ein großes Theater ansehen und zur Tagesordnung übergehen; die besonderen Umstände dieser Aufführung machen es jedoch notwendig, auf diese Veranstaltung einzugehen. Unter dem Schlagwort einer Verwirklichung des "Neuen Kurses" wurde von Ulbricht eine Fülle von Versprechungen über die angeblichen großen wirtschaftlichen Erleichterungen, die Preissenkungen, die Kaufkraftvermehrung, die Steuersenkungen, die Verbesserung der Lebenslage, über die Verbesserung des betrieblichen & Gesundheitswesens gemacht und andere Zugeständnisse versprochen. Es wurde dabei immer wieder die große und entscheidende Funktion der Arbeiterklasse hervorgehoben, die, wie sich Ulbricht ausdrückte, als "führende Kraft der Gesellschaft den Charakter des Staates bestimmt".

Nun, seit dem 17. Juni 1953 ist die verlogene Fassade dieses sogenannten "Arbeiter- und Bauernstaates" (auch davon wurde in dieser Rede viel gesprochen) von der ganzen Welt erkannt, und am 17. Juni ist der Welt klar gezeigt worden, was die Arbeiterklasse über das Pankower Regime denkt. Seitdem versucht das bankrotte SED-Regime, das verlorengegangene Terrain wiederzugewinnen.

Doch all diese Erklärungen und Versprechungen über die geplanten Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiterschaft erweisen sich im Vergleich zur Wirklichkeit als laeres Propagandageschwätz und tragen nur dazu bei, die Verbitterung und Ablehnung der Bevölkerung gegen die Pankower Marionetten zu verstärken.

Wie sieht es denn heute in der Zone aus ?

Die in jahrzehntelangen Kämpfen erworbenen Rechte sind der

10. Dezember 1953

Arbeiterschaft durch das sowjetische Regime genommen worden, und der Arbeiter wird durch die wieder anziehende Normenschraube in einer Weise ausgebeutet, wie sie unter dem schlimmsten Räuberkapitalismus nicht üblich war. Die Stromversorgung ist ungenügender denn je, die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung ist völlig unzulänglich und die Bemühungen zur Verbesserung der Produktion von Konsumgütern haben sich als Fehlschlag erwiesen.

Auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Misere und der Entrechtung muß der verschärfte Terror geschehen werden, der unter Wellweber, dem Nachfolger von Zeisser, provozierende Formen angenommen hat. Das ist die Wirklichkeit!

Die mit soviel Propagandaaufwand verkündete "Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebenslage der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften" stellt den Versuch dar, von dieser Wirklichkeit abzulenken. Das ist jedoch ein vergebliches Bemühen.

Die Pankower Inszenierung hat aber noch einen anderen, für das Sowjetzonenregime gewichtigen Hintergrund: Man will zur kommenden Viermächtekonferenz eine entsprechende Geräuschkulisse schaffen. Es entspricht dem üblichen sowjetischen Stil und es darf vermutet werden, daß andere Veranstaltungen dieser Art noch folgen.

Man, die in der Sowjetzone lebende Bevölkerung wird sich nicht von diesem Propaganderummel einfangen lassen. Für sie gibt es nur eine reale und konkrete Frage. Wann wird es freie und geheime Wahlen geben, um den Pankower Marionetten die gebührende Antwort zu erteilen die eindeutig und klar sein wird!

+ + +

#### Adenauer zum Tode Fritz Hensslers

Der Bundeskanzler und Vorsitzende der CDU, Dr. Adenauer, sandte anlässlich des Todes von Fritz Henssler an den Vorstand der SPD folgendes Beileidstelegramm:

"Der Tod Ihres Mitglieds, des Oberbürgermeisters Henssler, reißt wiederum eine große Lücke in die Reihen der in Deutschland tätigen Politiker. Ich habe den Heimgangenen in den langen Jahren gemeinsamer Arbeit sehr schtzen gelernt. Seien Sie meiner aufrichtigen Teilnahme versichert.

A d e n a u e r  
Bundeskanzler".

---

Verantwortlich: Peter Raunau